

Sehr geehrter Herr Dr. Filler!

Unter Bezugnahme auf Ihr Mail vom 18.03. und dem beigeschlossenen Endbericht ersuchen wir um folgende Ergänzung im Endbericht bzw. Protokoll:

Eine "Generalklausel" wäre auch für die SoHo die einfachste und möglicherweise beste Methodik, um alle sonstigen betroffenen Materiengesetze zu erfassen. Doch diese als einzig mögliche, wahre und zulässige Variante darzustellen, lehnt die SoHo ab.

Würden im Rahmen der Schaffung eines eigenständigen Rechtsinstituts bspw. die Materiengesetze zeitgleich durch einzelgesetzliche Lösungen (mit)beschlossen werden, so würde sich die SoHo einer solchen Paketlösung - wegen einer Akzeptanzbedingung namens "Generalklausel" - sicher nicht querlegen und daher eine solche Paketlösung akzeptieren.

Für uns als politische Organisation müsste die Sinnhaftigkeit hinterfragt werden, wenn das angestrebte Ziel zwar über einen anderen Weg aber doch erreicht würde, so wäre dies für uns eben kein Grund ein solches deshalb abzulehnen.

Für uns ist wichtig, DASS im Zusammenhang eines Partnerschaftsmodells ALLE relevanten Gesetzesbereiche berücksichtigt, beachtet und umgesetzt werden. Wir legen aber nicht fest, wie dies zu geschehen hat, die Ministerien haben hier bereits eine hervorragende Vorarbeit geleistet und mitgeteilt welche Bereiche umzusetzen sind.

Als Kurzaussage zusammengefasst:

Die SoHo würde einer Paketlösung – in der alle Gesetzesbereiche enthalten sind - zustimmen.

Zusammengefasst: Eine "Generalklausel" zu einer absoluten, notwendigen und unerlässlichen Akzeptanzbedingung für ein Partnerschaftsmodell - also zu einer *conditio sine qua non* - zu erheben, lehnen wir ab. Wir lehnen aber nicht die "Generalklausel", sondern vielmehr die Erhebung dieser, zu eben einer solchen absoluten Akzeptanzbedingung ab.

In Ergänzung zu ihrer ausgeteilten Tischvorlage bei der letzten Arbeitskreissitzung über die Maximalforderungen (Vision) der SoHo „Zugang zu allen Rechten und Pflichten der Ehe“ wird auch nochmals – wie in vorhergehenden Stellungnahmen der SoHo an die Arbeitsgruppe – darauf hingewiesen, dass wir als Kompromiss bzw. Minimalforderung „**Ein eigenes Rechtsinstitut eines Lebenspartnerschaftsgesetzes (Rechte und Pflichten der Ehe nachbildet)**“ erachten.

In der Hoffnung keine Fehlbitte geleistet zu haben verbleiben wir

Mit freundlichen Grüßen

BR Peter Traschkowitsch
Gsf. Vorsitzender
SoHo Österreich und Wien
www.soho.or.at

Dominik Mungenast
Stv. Vorsitzender
SoHo Wien